

Antrag 151/I/2020**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Don't feed the troll - Sensibilisierung im Umgang mit Hetze gegen den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk**

1 Ein Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks veröf-
2 fentlicht ein Satire-Video, in dem eine fiktive Großmutter
3 als Umweltsünderin bezeichnet wird. Rechte Gruppier-
4 ungen und Politiker*innen interpretieren dieses Scherz-
5 Video bewusst fehl und leiten daraus ein abstruses Nar-
6 rativ gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ab, es
7 kommt zu Drohungen und Einschüchterungsversuchen
8 gegen den Sender und seine Journalist*innen. Rechte und
9 Neonazis übernehmen gezielt den Diskurs und sorgen
10 für eine künstlich aufgeblähte Debatte. Schließlich äü-
11 ßern sich da vermeintlich besorgte Bürger*innen, über de-
12 ren Sorgen man im Geiste der Ausgewogenheit der Be-
13 richterstattung sprechen müsse. Der gezielte Shitstorm
14 der rechten und rechtsradikalen Accounts geht auf. Auch
15 bürgerliche Politiker*innen lassen sich vor den Karren
16 der Rechten spannen und verbreiten die Kritik. Da der
17 verantwortliche Sender, der WDR, das Video fast sofort
18 nach Lautwerden der ersten Anschuldigungen von rechts
19 löscht, kann sich auch niemand mehr ein eigenes Bild da-
20 von machen, wie harmlos der Scherz war, wie künstlich die
21 Aufregung von den Rechten entzündet wurde.

22
23 Dieser Vorfall ist alleine beunruhigend genug, steht aber
24 leider nur am Ende einer langen Reihe von Ereignissen, in
25 denen der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk vor vermeint-
26 licher "Kritik" von rechts eingeknickt ist. So wurde zum
27 Beispiel ein FCK AFD-Aufkleber im Hintergrund einer Poli-
28 zeiruf 110-Folge nachträglich retuschiert, weil Rechte und
29 AfD-Vertreter*innen lautstark eine linke Unterwanderung
30 des Öffentlich-Rechtlichen vermuteten. Als auf dem AfD-
31 Bundesparteitag ein Materialkoffer von Phoenix mit "Say
32 no to racism"-Aufklebern versehen war, bedauerte der ÖR
33 auch dies im Nachgang - ohne zu erklären, was denn am
34 Nein zu Rassismus so bedauerlich sei.

35
36 Die Trennung von Staat und Medien ist richtig und wich-
37 tig. Daher möchten wir auch nicht für uns beanspruchen,
38 den Öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Vorschriften
39 zu machen. Wir stehen aber solidarisch an der Seite al-
40 ler Journalist*innen und freien Mitarbeiter*innen, die von
41 Rechten bedroht werden, wenn sie Rückgrat zeigen; die
42 von ihren Intendant*innen nicht bestärkt und geschützt
43 werden; die bedroht, eingeschüchtert und zum Schweie-
44 gen gebracht werden sollen.

45
46 Aufgabe aller Rundfunkräte (beim ZDF: Fernsehrat, beim
47 Deutschlandradio: Hörfunkrat) der einzelnen Sende-
48 stalten ist es, die Interessen aller Hörer*innen und Zu-

49 schauer*innen zu vertreten – nicht nur einer lauten Grup-
50 pe von Rechten und Rechtsradikalen, die on- und offline
51 hetzen und künstliche Empörung erzeugen.

52

53 Wir appellieren daher an alle demokratischen Mitglieder
54 aller Rundfunkräte, sich dem Rechtsruck entgegenzustel-
55 len und darauf hinzuwirken, dass

- 56 • Richtlinien erstellt werden, nach denen Beiträge, so-
57 fern sie nach Ausstrahlung stark kritisiert werden,
58 objektiv beurteilt werden können statt diese unge-
59 prüft zu löschen und somit rechte Hetze vermeint-
60 lich zu legitimieren
- 61 • Beiträge nicht aus Mediatheken gelöscht werden,
62 solange sie nicht faktisch falsch sind oder aus an-
63 deren, im Pressekodex festgelegten, Gründen dem
64 Rundfunkauftrag nicht gerecht werden. Ausgenom-
65 men sind Beiträge, die sowieso nur für beschränk-
66 te Zeit bzw. gar nicht online zur Verfügung gestellt
67 werden.
- 68 • die Sendeanstalten sich solidarisch mit ihren Jour-
69 nalist*innen und Mitarbeiter*innen, besonders den
70 freien, verhalten und sie in öffentlichen Debatten
71 verteidigen und stärken. Zudem muss die Sicher-
72 heit und körperliche sowie seelische Unversehrt-
73 heit aller Mitarbeitenden von den Sendeanstalten
74 im Rahmen ihrer Möglichkeiten gewährleistet wer-
75 den. *Hierbei sollen die Gewerkschaften und die Ar-
76 beitnehmer*innenvertretungen eingebunden wer-
77 den*
- 78 • keine willkürliche nachträgliche Retuschierung von
79 antifaschistischen Symbolen stattfindet